

Wie könnte ein besseres Europa aussehen?

EUROPA BEWEGT UNS. Das Wichtigste ist: Frieden. Frieden ist die Voraussetzung für Wohlstand, Lebensqualität und ein gutes Zusammenleben. Frieden bedeutet, dass wir mit Russland gut und freundschaftlich zusammenarbeiten. Basis dafür ist der gegenseitige Respekt vor der Kultur des jeweils anderen. Es ist ein Rezept für Krieg, wenn Nationen anfangen, sich zum Richter über Kultur und Innenpolitik anderer Nationen zu machen. Deutschland soll sich um Deutschland kümmern. Da haben wir wahrlich genug zu tun.

DIE ZUKUNFT EUROPAS liegt für uns in einem freien Markt, im Wettbewerb, im gegenseitigen Respekt vor der Unterschiedlichkeit, im Vertrauen auf Dezentralisierung, auf mündige Bürger und echte Demokratie. Wir sind der Meinung, dass die exekutive Gewalt der EU in die Staaten hinein viel zu dominant geworden ist. Darüber hinaus scheinen Justiz und Parlamente fast zu Teilen der Exekutive geworden zu sein. Aber ein moderner, erfolgreicher Staat braucht nicht weniger, sondern mehr Gewaltenteilung, mündige Bürger, die selbst über ihre Verhältnisse die grundlegenden Entscheidungen treffen.

In den **STUTTGARTER THESEN** zur Europa-politik haben wir unsere Kritik an der realen EU und unsere Vision für ein besseres Europa beschrieben. Bestellen Sie ihr Exemplar im Buchhandel oder direkt bei uns (emil.saenze@saenze-mdl-bw.de). Haben Sie Fragen, dann sprechen Sie uns an. Und vor allem: Bilden Sie sich ihre Meinung anhand unserer Aussagen. Leider zeichnen viele Medien ein entstellendes Bild unserer Positionen. Für uns ist klar: Deutschland ist Teil von Europa; wir können nur mit unseren Nachbarn und niemals gegen sie ein gutes, erfolgreiches Land sein.

Erhältlich bei buchhandel.de



Freiheit statt Eurokratie

STUTTGARTER THESEN ZUR EUROPA POLITIK



Impressum: V.i.S.d.P.: Dr. Thomas Hartung, AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart. Alle hier bereitgestellten redaktionellen Texte und Fotos dienen lediglich zu Informationszwecken und der freien Meinungsbildung über das aktuelle Zeitgeschehen. Weitergabe ausdrücklich erwünscht. Eine Rechtsberatung findet nicht statt. Die Redaktion erreichen Sie unter presse@afd.landtag-bw.de



FRAKTION
BW

AfD

www.afd-fraktion-bw.de
www.facebook.com/AfDFraktionBW



ZUR INFORMATION

FÜR UNSERE BÜRGER UND WÄHLER

BWJournal

AUSGABE 1



Deutschland liegt im Herzen Europas. Deutschland braucht ein gutes und erfolgreiches Europa ebenso, wie Europa ein gutes und erfolgreiches Deutschland braucht.

Aber dient die EU eigentlich noch diesem Zweck? Selbst die sozialdemokratischen Nachdenkseiten schrieben am 28. Juni: „**DIE EU WIRD ZUM PROBLEM**“, und es sei etwas geschehen, „das uns zu einer Revision unserer bisherigen europäischen Außenpolitik zwingt.“ An diesem Tag hat die EU das in der „Zeit“ veröffentlichte Gesprächsangebot des russischen Präsidenten einfach ersatzlos ausgeschlagen und stattdessen die weitere Aufrüstung und noch mehr Sanktionen gegen Russland beschlossen. Gegen jenes Land, dem wir die friedliche deutsche Einheit verdanken und mit dem wir den furchtbarsten Krieg in der Geschichte

beider Länder geführt haben. Man muss es klar aussprechen: Die EU arbeitet real nicht auf Frieden, sondern auf einen sich immer mehr zuspitzenden Konflikt mit Russland hin.

Doch es ist nicht nur die Außenpolitik: Die Währung Euro ist ein einziges Fiasko mit Negativzinsen, versteckter Inflation, Explosion von Haus- und Aktienpreisen und dadurch Verarmung der eigentlich produktiven Bürger. Technologisch ist Europa inzwischen abgehängt – die Zukunft wird in USA und China gemacht. Unsere Unternehmen und Konzerne sind noch groß – aber im weltvergleich wenig profitabel und oft in der Sackgasse (Stichwort Automobilindustrie).

Es geht so nicht weiter. Europa ist unsere Zukunft – und deshalb müssen wir die europäische Zusammenarbeit neu denken.



Was läuft eigentlich falsch in der EU?



VIELE MENSCHEN GLAUBEN, dass noch mehr Zentralisierung in Brüssel die Lösung für die Probleme Europas wäre. Tatsächlich ist es so, dass die EU bereits heute in vielen Bereichen stärker zentralisiert ist als zum Beispiel die USA. Rechtlich wurde bereits fast alle Souveränität auf die EU übertragen. Nur ein wichtiges Beispiel: Das Bundesverfassungsgericht hat den Schutz des Grundgesetzes weitgehend auf die EU übertragen: Es gibt sich selbst nur noch eine sogenannte „ultra vires“-Kontrolle der Akte von EU, EU-Gerichtshof und EZB, also im Fall grober Verletzungen grundlegender Rechtsnormen außerhalb der EU-Zuständigkeit. Doch selbst dieser kleine Rest an Rechten und grundgesetzlicher Kontrolle geht der EU-Kommission noch zu weit. Im Juni 2021 leitete sie ganz offiziell ein Verfahren ein, um die „ultra vires“-Kontrolle durch das Verfassungsgericht abzuschaffen – womit Deutschland sich selbst im Falle grösster Machtanmaßungen oder Rechtsbrüche nicht mehr wehren könnte.

WISSEN SIE, dass 1980 fünf der zehn größten Volkswirtschaften der Welt in der heutigen EU beheimatet waren? Und wissen Sie, dass die EU selbst prognostiziert: „...bis 2050 wird kein Mitgliedstaat der EU mehr zu den acht wich-

tigsten Wirtschaftsnationen der Welt zählen“? Und Länder wie die Schweiz, Island, Norwegen oder Süd-Korea zeigen, dass dieser Niedergang keinesfalls notwendig ist?

WISSEN SIE, wie viele Unternehmen Deutschland und Europa unter den zehn innovativsten Unternehmen der Welt zählen? Genau null. Apple, Google, Huawei ... die USA und China machen die technologische Zukunft unter sich aus.

WISSEN SIE, dass der an der Börse ausgedrückte Zukunftswert aller 30 im Deutschen Aktienindex DAX versammelten Unternehmen noch nicht einmal dem Zukunftswert eines einzigen US-Unternehmens entspricht (Apple)?

WISSEN SIE, dass Europa von allen Kontinenten der Welt die schlechteste Demografie, die größte Vergreisung aufweist und unsere Politik vielfach unsichtbar über die Geld-, Sozial- und Wirtschaftspolitik gegen Familien und Kinder gerichtet ist? Und wissen Sie, dass Ungarn zeigt, dass es auch anders gehen kann?

IN VIELEN MEDIEN wird aktuell berichtet, dass Deutschland rund 25 Mrd. Euro aus dem EU-Wiederaufbaufonds erhalten wird. Nicht

berichtet wird, dass Deutschland rund 150 Mrd. Euro plus Zinsen in den 750 Mrd. Wiederaufbaufonds der EU einbezahlen wird. Das heißt, wir bezahlen sechs Euro plus Zinsen in heute unbekannter Höhe, um von der EU einen Euro bewilligt zu bekommen.

DIE LISTE des Niedergangs Europas ließe sich an vielen Zahlen und weiteren Beispielen festmachen. Wichtig ist: Dieser Niedergang setzte im Wesentlichen mit der Umsetzung der Maastricht-Verträge, mit der Schaffung eines Zentralstaates EU, mit der Einführung des Euro um das Jahr 2000 ein. Seitdem verschleudert Deutschland sein politisches, technologisches und finanzielles Kapital an einen Zentralismus, der niemals funktionieren kann.

WARUM? Weil die EU immer nur als Technokratie einer Elite arbeiten kann. Es gibt keine europäische Öffentlichkeit. Es gibt keine starke öffentliche Meinung, die machtbesoffenen Exekutiven oder Lobbyinteressen entgegenzutreten könnte. Dazu kommt, dass die Strukturen der EU demokratiefeindlich sind. Die Kommission wird in einem undurchsichtigen Prozess ernannt. Die Gesetzgebungsakte sind hochgradig intransparent und prädestiniert

für Einflussnahmen von Einzelinteressen großer Organisationen. Das EU-Parlament ist eine undemokratische Chimäre. Der EU-Gerichtshof ist nicht unparteiisch, sondern per Statut und Personalpolitik „pro EU“ voreingestellt und die EZB macht sowieso, was sie will.

DIESE EU kann und wird Europa nicht nach vorne bringen. Sie ist Ursache und Ausdruck eines Niedergangs.

Wenn man also einen Austritt Deutschlands aus der EU fordert, ist das kein Akt gegen Europa! Im Gegenteil: **WER EUROPA LIEBT**, wer diesem Kontinent und Deutschland eine gute Zukunft wünscht, muss angesichts der bereits übergroßen Macht Brüssels in einem Akt der demokratischen Notwehr einen Austritt aus der EU fordern. Denn wenn überhaupt, dann hat die EU nur dann eine Chance darauf, weiter zu bestehen, wenn sie sich grundlegend reformiert.

Ansonsten ist es für alle Europäer besser, die europäische Zusammenarbeit neu und anderes anzugehen – eine neue Europäische Gemeinschaft zu gründen.